

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
A) Das Staatsziel des „vereinten Europa“	19
I. Die rechtliche Bedeutung der Präambel	19
II. Die Formulierung „in einem vereinten Europa“	21
1. Auslegung des Wortlauts	21
a) Der Begriff „Europa“	21
b) Der Begriff „vereint“	23
2. Systematische Auslegung	24
a) Der Begriff „als gleichberechtigtes Glied“	24
b) Die Bezugnahme auf den Weltfrieden	26
c) Das Wiedervereinigungsgebot	27
3. Historische Auslegung	29
4. Auslegung nach Sinn und Zweck	31
B) Die Rechtslage vor der Neufassung des Art. 23 GG - die europäische Integration nach Art. 24 Abs. 1 GG	33
I. Die rechtliche Bedeutung einer möglichen Ermächtigungsgrundlage für die Zulässigkeit eines Bundesstaatsbeitritts	33
II. Verfassungsrechtliche Einordnung des Verfahrens nach Art. 24 Abs. 1 GG	33
1. Abgrenzung des Art. 24 Abs. 1 GG von Befugnissen zur Verfassungsgebung	33
2. Die Auswirkung der Gesetzgebung nach Art. 24 Abs. 1 GG auf das Grundgesetz	35
III. Auslegung von Art. 24 GG	37
1. Die Übertragung von Hoheitsrechten	37
a) Abgrenzung zwischen Aufgabe und Ausübungsverzicht von Staatsgewalt	37
b) Das Verhältnis von Staatsgründung und Hoheitsrechtsübertragung	38
c) Staatsbildung und originäre Staatsgewalt	41
d) Beschränkung auf die Übertragung nur einzelner Hoheitsrechte?	42
2. Der Begriff der zwischenstaatlichen Einrichtungen	42
3. Systematische Auslegung	45
a) Art. 24 Abs. 1 GG in Verbindung mit der Präambel	45
b) Die Wahrung der „wesentlichen Strukturprinzipien“	45
4. Auslegung nach Sinn und Zweck	46
IV. Ergebnis	47
C) Die Rechtslage nach der Neufassung des Art. 23 GG	49
I. Die neue Integrationsnorm, Art. 23 GG	49
II. Das Staatsziel und die Integrationsermächtigung nach Art. 23 GG	49
1. Das Ziel der europäischen Integration nach Art. 23 Abs. 1 GG und der Vertrag von Maastricht	50
	9

2. Die Aussagen des Maastricht-Urteils über die Zulässigkeit eines Bundesstaatsbeitritts durch die Neufassung des Art. 23 GG	51
3. Auslegung von Art. 23 GG	53
a) Wortlaut	53
aa) Staatsziel und europäischer Bundesstaat	53
(1) Der Begriff der „Europäischen Union“	53
(2) Die Bedeutung der Verpflichtung auf föderative Grundsätze	55
(3) Ergebnis	56
bb) Die Aussagen der Begriffe „Begründung und Änderung“ für den Umfang der Integrationsbefugnis	56
b) Systematische Auslegung - das Verfahren nach Art. 23 Abs. 1 GG und seine Schranken	57
aa) Die Kongruenzformel des Art. 23 Abs. 1 S. 1 GG	57
bb) Der Verweis auf Art. 79 Abs. 2 GG	60
cc) Der Verweis auf Art. 79 Abs. 3 GG	62
dd) Die Ausnahme vom Gebot der Textänderung des Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG	63
c) Historische Auslegung und Sinn und Zweck der Neuregelung	66
4. Ergebnis	67
D) Die Schranken der Verfassungsänderung - Art. 79 Abs. 3 GG und der Begriff der Identität des Grundgesetzes	69
I. Die Identitätsschranke für Verfassungsänderungen nach Carl Schmitt	70
1. Der Dezisionismus Carl Schmitts	70
2. Bewertung der Theorie Carl Schmitts	72
II. Zur Identität des Grundgesetzes	73
1. Identitätsüberlegungen vor dem Hintergrund der Entstehung des Grundgesetzes	74
a) Die Ausgangssituation bei der Verfassungsgebung	74
b) Die veränderte Ausgangsbasis im Grundgesetz	75
2. Staatlichkeit und weitere Verfassungsvoraussetzung als Inhalt einer Identitätsgarantie des Grundgesetzes?	76
a) Staatlichkeit und äußere Bedingungen der Verfassungsgebung	77
aa) Äußere Bedingungen der Verfassungsgebung	77
bb) Der Staat als Voraussetzung der Verfassung und als Ordnungsmacht	78
b) Bewertung	79
aa) Die Bedeutung der äußeren Bedingungen der Verfassungsgebung	79
bb) Bewertung der Rolle des Staates als Voraussetzung der Verfassung und Ordnungsmacht	82
(1) Garant von Freiheits- und Verfahrensrechten	82
(2) Staatenfusion, Dismembration und Separation	83
(3) Geltungswille der Verfassung	84
c) Ergebnis	85
3. Identität und Bestimmtheit	85
4. Bewertung	86
5. Ergebnis	88

III. Die Anwendung von Art. 79 Abs. 3 GG auf den Beitritt zu einem europäischen Bundesstaat	88
1. Die Änderungsfestigkeit von Art. 79 Abs. 3 GG	88
2. Der Anwendungsbereich und die Zielsetzung von Art. 79 Abs. 3 GG	90
a) Beschränkung des Anwendungsbereichs von Art. 79 Abs. 3 GG auf den Schutz vor Veränderungen mit rein innerstaatlicher Wirkung?	90
aa) Art. 79 Abs. 3 GG als Reaktion auf den Untergang der Weimarer Republik	91
bb) Das Grundgesetz als wertorientierte Verfassung	92
b) Ergebnis	92
3. Art. 79 Abs. 3 GG und die Auslegung als formelles Beitrittsverbot	92
a) Wortlaut	93
b) Teleologische Auslegung	93
c) Ergebnis	96
E) Die Schranken des Art. 79 Abs. 3 GG im einzelnen	97
I. Eigenständige Gewährleistung der selbständigen Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland durch Art. 79 Abs. 3 GG?	97
1. 1949 praktizierte Staats- und Bundesstaatsmodelle	97
2. Die Einbeziehung des Begriffes Bundesstaat in den geschützten Kernbereich des Grundgesetzes im Verlauf der Verfassungsgebung	98
3. Der Staatsbegriff zur Zeit des Parlamentarischen Rates und die Diskussion über die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland	99
a) Vergleich mit Regelungen in den Verfassungen einzelner Bundesländer und der Staatlichkeit der Bundesländer	99
aa) Staatsbezogene Strukturmerkmale in den Länderverfassungen	99
bb) Der Staatscharakter der Länder	100
b) Souveränität und Selbständigkeit der Bundesrepublik Deutschland bei der Verfassungsgebung	100
aa) Die alliierten Vorrechte zum Zeitpunkt der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland	101
bb) Die Debatte über Selbständigkeit und Souveränität im Parlamentarischen Rat	102
4. Systematische Auslegung	104
a) Die Bedeutung des Staatszieles vereintes Europa in der Präambel für das Verständnis von Art. 79 Abs. 3 GG	104
b) Die Öffnung der Staatsgewalt durch Art. 24 Abs. 1 GG	105
c) Das Verhältnis zwischen dem Schutz des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland nach Art. 21 Abs. 2 S. 1 2. Alt. GG und Art. 79 Abs. 3 GG	108
5. Ergebnis	109
II. Die Gewährleistung des föderalen Staatsaufbaus	109
1. Das Verhältnis von Art. 79 Abs. 3 GG zu Art. 20 Abs. 1 GG	109
a) Die unterschiedlichen Auslegungsmöglichkeiten	109
b) Bewertung	110
c) Ergebnis	111
2. Die Gewährleistungen für den Bund und die Länder	111

a) Zweistufenmodelle – Europäische Union und Bundesrepublik Deutschland bzw. Europäische Union und deutsche Bundesländer	112
b) Dreistufenmodell	115
aa) Die Gewährleistungen des Art. 79 Abs. 3 GG für die Bundesländer	115
(1) Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung	117
(2) Grundsätzliche Gliederung des Bundes in Länder - Kompetenzen der Bundesländer	118
bb) Der Schutz des Föderalismus und die Gewährleistungen für den Bund	123
3. Ergebnis	124
III. Demokratie und Volkssouveränität	124
1. Die Demokratie in der Entwicklung der europäischen Integration	124
2. Vereinbarkeit des Beitritts zu einem europäischen Bundesstaat mit dem Grundsatz der Demokratie i.S.d. Art. 20 Abs. 1 GG	125
a) Allgemeiner Demokratiebegriff und nationalstaatsübergreifende Legitimation	125
aa) Demokratiebegriff und Universalität	126
bb) Demokratieverständnis im europäischen Kontext der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland	127
cc) Demokratieverständnis im Kontext des gegenwärtigen Integrationsniveaus der Europäischen Union	128
b) Der Demokratiebegriff nach Art. 79 Abs. 3 GG i.V.m. Art. 20 GG	130
aa) Schutzzumfang von Art. 79 Abs. 3 GG für Einzelbestimmungen des demokratischen Verfahrens	130
bb) Entstehungsgeschichte und Typusdefinition	132
c) Typusmerkmale des grundgesetzlichen Demokratiebegriffs	134
aa) Gewaltenteilung	135
bb) Wiederkehrende Wahlen, Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz	136
(1) Stimmgewichtung	137
(2) Der Einfluß Deutschlands im Rat und einer künftigen Staatenkammer	139
(3) Einheitliches Wahlrecht	140
cc) Repräsentation und Mehrparteiensystem	142
(1) Die Repräsentation der Deutschen in einem Bundesstaatsparlament	142
(2) Mehrparteiensystem	146
(3) Integrationsgrenze durch Erhaltung von Aufgaben für den Deutschen Bundestag	146
dd) Öffentlichkeit und kommunikative Rahmenbedingungen politischer Willensbildung	151
(1) Kommunikation und Legitimation nach dem Grundgesetz	151
(2) Der Zusammenhang von rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen der Legitimation	153
(3) Rechtliche Rahmenbedingungen	154
(4) Tatsächliche Rahmenbedingung: Sprache	155
(5) Tatsächliche Rahmenbedingung: Institutionelle Voraussetzungen und Zeitpunkt für deren Vorliegen	158

(6) Ergebnis	161
3. Das Verhältnis zwischen Volkssouveränität und völkerrechtlicher Souveränität	161
a) Zusammenhang zwischen Volkssouveränität, Selbstbestimmungsrecht und staatlicher Souveränität aus völkerrechtlicher Sicht	162
b) Zusammenhang zwischen Volkssouveränität, Selbstbestimmungsrecht und staatlicher Souveränität aus staatsrechtlicher Sicht	164
aa) Veränderung der Souveränität durch einen Beitritt Deutschlands zu einem europäischen Bundesstaat	165
bb) Anforderungen der Volkssouveränität und des Selbstbestimmungsrechts an die staatliche Souveränität Deutschlands	165
(1) Der Fall eingeschränkter Souveränität - Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung	166
(2) Allgemeine Einschränkungen des Souveränitätsbegriffs in der Gegenwart	167
(3) Souveränität und Kompetenzaufteilung	168
(4) Selbstbestimmungsrecht und Bundesstaatsbeitritt	171
(5) Selbstbestimmungsrecht und Individualrechte	172
c) Ergebnis	173
4. Der Grundsatz der Volkssouveränität - die Beteiligten nach Art. 20 Abs. 2 GG und die Zulässigkeit der europäischen Integration	173
a) Die Volkssouveränität und das Ausländerwahlrecht	174
aa) Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Wahlrecht für Ausländer unterhalb der Bundes- und Landesebene	174
bb) Abgrenzung des Wahlrechts für Unionsbürger gegenüber den nichtigen landesrechtlichen Regelungen zum Ausländerwahlrecht	176
(1) Normsetzungsebene	176
(2) Schaffung einer neuen Staatsgewalt	177
(3) Einheitlichkeit der Staatsgewalt und Staatsangehörigkeit im Bund	177
b) Zusammenhänge von Nation und Volkssouveränität	178
aa) Gegenwärtige Durchbrechungen des Zusammenhangs von deutschem Staatsvolk und Ausübung der deutschen Staatsgewalt	179
bb) Geschichtliche Entwicklung von Nation und Demokratie	181
c) Der Bezug zwischen Staatsangehörigkeit und Volkssouveränität	184
aa) Folgenverantwortung und Schutzgewährung als Voraussetzung der Teilhabe an der Staatsgewalt	189
(1) Argumente bei der Begrenzung der Teilhabe an der deutschen Staatsgewalt auf das deutsche Staatsvolk	189
(2) Bewertung im Bezug auf den gegenwärtigen europäischen Staatenverbund und einen europäischen Bundesstaat	190
bb) Die Stellung der deutschen Staatsangehörigen in der Gemeinschaft der Unionsbürger	195
d) Die Bedeutung von Homogenität und Identität des Staatsvolkes für die Volkssouveränität	196
aa) Volkssouveränität und Demokratie zwischen Freiheits- und Gleichheitsvorstellungen	196

bb) Die „Kein-Demos-These“	199
cc) Das Verhältnis von Homogenität und Identität zur europäischen Integration	200
(1) Die Europäische Union als Kultur- und Wertegemeinschaft	200
(2) Identität und Volkssouveränität	204
(3) Mehrebenenidentität	206
e) Volkssouveränität, verfassungsgebende Gewalt und Grenzen der europäischen Integration	210
f) Ergebnis	213
IV. Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenwürde	213
1. Prinzipielle Gewährleistung persönlicher Grundrechte und Schutz der Menschenwürde	214
2. Rechtsschutz gegen Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt	214
3. Gewaltentrennung und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sowie Meßbarkeit und Vorhersehbarkeit staatlichen Handelns	215
V. Sozialstaatsgebot	216
VI. Republikprinzip	217
F) Schlußfolgerungen	219
Literaturverzeichnis	221